

## **Die Bedeutung der osteuropäischen Konfliktpotentiale für eine west- und mitteleuropäische Osteuropapolitik**

Beitrag zu den Tagungen „Die gestalterischen Möglichkeiten der EU, Österreichs und der ostmitteleuropäischen Staaten angesichts der strategischen Lage im Osten der EU“ des Internationalen Instituts für Liberale Politik und des Büros für Sicherheitspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport in Wien

vom 7. bis 9. Juni 2013  
und vom 14./15. Oktober 2013

Egbert Jahn

September 2013

Adresse des Autors: Prof. em. Dr. Egbert Jahn  
Universität Mannheim  
Lehrstuhl für Politische Wissenschaft  
und Zeitgeschichte  
Seminargebäude A 5  
D-68131 Mannheim  
Homepage: <http://fkks/uni-mannheim.de>  
und  
Goethe-Universität Frankfurt am Main  
Fachbereich 03 Gesellschaftswissenschaften  
Institut für Politikwissenschaft  
Grüneburgplatz 1  
D-60323 Frankfurt  
Tel.: +49-69-798 36653 (Sekretariat)  
E-mail-Adresse: [e.jahn@soz.uni-frankfurt.de](mailto:e.jahn@soz.uni-frankfurt.de)  
<http://www.fb03.uni-frankfurt.de/46500384/ejahn>

Egbert Jahn

## **Die Bedeutung der osteuropäischen Konfliktpotentiale für eine west- und mitteleuropäische Osteuropapolitik**

### **1 Drei Regionen Europas und drei Subregionen Osteuropas**

Die Themenstellung geht von drei regionalen Teilen Europas aus: West-, Mittel- und Osteuropa. Dies impliziert eine Revitalisierung und Neuinterpretation des Mitteleuropa- und eine Neudefinition des Osteuropabegriffs, dessen räumliche Reichweite deutlich geringer ist als während des Ost-West-Konflikts. Damals standen die geographischen Bezeichnungen Ost und West als politische Synonyme für die beiden Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme des Kommunismus und der Marktwirtschaft bzw. des Kapitalismus. Vornehmlich, wenn auch nicht durchgängig, besaß der Westen demokratische politische Systeme, etwa lange Zeit nicht in Spanien, Portugal, Griechenland und der Türkei. Zum Westen gehörten damals also auch Athen und Istanbul, aber nicht Eisenach und Zagreb. Osteuropa reichte damals vom Ural bis an die Elbe. 1988 war die Bevölkerung des geographischen Europas fast exakt je zur Hälfte auf Ost- und auf Westeuropa verteilt. In Bezug auf die Fläche gehörten jedoch zwei Drittel Europas zu Osteuropa.<sup>1</sup>

Auch die heutigen Regionen West-, Mittel- und Osteuropa haben im Kontext unserer Tagung offenbar gesellschaftspolitische Konnotationen, wenn auch nicht so eindeutig, scharf voneinander abgegrenzte wie zu Zeiten des Ost-West-Konflikts. Sie sind auch losgelöst von den historisch älteren Bedeutungen der drei Regionalbegriffe. Zu Westeuropa gehören dann die fünfzehn demokratisch-marktwirtschaftlichen Länder, die bis Ende 1990 der EU beigetreten waren, also zuletzt die vormalige DDR. Unter Mitteleuropa lassen sich die zehn, seit 1. Juli 2013 elf exkommunistischen Länder verstehen, die seit 2004 der EU beigetreten sind. Damit ist unter Osteuropa die andere Hälfte des exkommunistischen Europas mit sieben Staaten zu verstehen, die heute zur Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS, mittlerweile ohne Georgien) gehören. Dieses Osteuropa besteht selbst aus drei Subregionen: dem westlichen Osteuropa mit Moldau, Ukraine und Belarus, Rußland und dem Südkaukasus mit Armenien, Aserbaidschan und Georgien. Südosteuropa bleibt in dieser Aufteilung ausgeblendet, gehört aber in der Logik der gesellschaftspolitischen Regionalbegriffe nicht zu Osteuropa, sondern als

---

<sup>1</sup> Westeuropa 362 Mill. Einwohner (1988) auf 3,7 Mill. qkm, Osteuropa 363 Mill. Einwohner auf 6,7 Mill. qkm berechnet in: Jahn, Egbert: Osteuropäische Staaten und ihre Integration ins gesamteuropäische Mehrebenensystem, in: König, Thomas/ Rieger, Elmar/ Schmitt, Hermann (Hg.): Das europäische Mehrebenensystem, Frankfurt/ New York 1996, S. 46 f.

designiertes EU-Beitrittsgebiet mit Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro, Kosovo, Mazedonien und Albanien in Zukunft zu Mitteleuropa, während die Nicht-EU-Mitglieder Schweiz, Norwegen und Island selbstredend zu Westeuropa zu rechnen sind.

Von einer west- und einer mitteleuropäischen Außen- und Osteuropapolitik kann man im Grunde nicht sprechen, sondern nur von einer EU-Außenpolitik als einer Politik europäischer Institutionen (Europäischer Rat, Rat der EU, Kommission, Parlament) und von nationalen Außenpolitiken der 27 EU-Mitgliedsstaaten. Die beiden Regionen führen keine jeweils eigene, ihnen gemeinsame Außenpolitik. Bei aller Bedeutung der gemeinsamen kommunistischen Vergangenheit des neuen Mitteleuropas oder der längeren demokratischen Westeuropas, außerdem der räumlichen Nähe oder Ferne beider Regionen zu Osteuropa sind die nationalen Differenzen zwischen den einzelnen Ländern West- und Mitteleuropas weitaus wichtiger als Übereinstimmungen innerhalb der beiden Regionen.

## **2 Der Alldruck historischer Mitteleuropa- und Europabegriffe auf der gegenwärtigen Europapolitik**

Mit den historischen Mitteleuropabegriffen hat der neue Mitteleuropabegriff zur Bezeichnung der exkommunistischen Länder der EU recht wenig gemein. Lange hatte in Europa die Unterscheidung zwischen dem früh christianisierten, eher „zivilisierten“ Süd- und dem spät christianisierten, eher „barbarischen“ Nordeuropa dominiert. Unter den Karolingern wendete sich die Achse Europas um etwa 90 Grad: Südwesteuropa sah sich in Opposition zum Nordosten. Noch im 18. Jahrhundert galten Polen und Rußland als nordeuropäische Staaten.<sup>2</sup> Erst seit dem Wiener Kongreß 1815 erhielt die west-östliche Gliederung Europas unter Einschaltung einer europäischen Mitte im politischen Bewußtsein eine dominante Rolle. Die Großmächte Europas und ihr Umfeld unterschieden sich nunmehr auch gesellschaftspolitisch in bedeutsamer Weise. Großbritannien und Frankreich waren relativ liberal, Rußland verharrte im Absolutismus und Preußen sowie Österreich nahmen nicht nur geographisch, sondern auch gesellschaftlich eine Mittelposition ein. Dies bestimmte bis in den Ersten Weltkrieg hinein auch die bündnispolitischen Konstellationen mit. Italien rechnete sich lange zu Mitteleuropa, ehe es im Krieg bündnispolitisch auf die westeuropäische Seite schwenkte. Während des Ersten Weltkrieges verlieh Friedrich Naumann der Mitteleuropaidee einen klaren macht-, gesellschafts-

---

<sup>2</sup> Lemberg, Hans: Zur Entstehung des Osteuropabegriffs im 19. Jahrhundert. Vom 'Norden' zum 'Osten' Europas, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, N. F. 33, 1985, S. 48-91

und auch nationalpolitischen Ausdruck.<sup>3</sup> Mitteleuropa sollte als deutsch dominiertes Zweikaiser-Gebilde mit Prag als gemeinsamer Hauptstadt des Berliner Hohenzollern- und des Wiener Habsburgerreiches eine Weltmacht zwischen Großbritannien und Rußland werden. In dieser Logik hatte auch das Weltkriegsbündnis mit Bulgarien und dem Osmanischen Reich seinen Sinn. In dem Naumannschen Mitteleuropa-Konzept sollten die überwiegend deutschsprachigen Juden eine wichtige ökonomische und geistige Verbindungsfunktion haben. Der deutsche korporative Kapitalismus unterschied sich nach Naumann deutlich vom individualistischen Kapitalismus Großbritanniens und vom wenig entwickelten Kapitalismus Rußlands.

Neben diesem deutschen, machtpolitischen Mitteleuropaverständnis gab es auch andere Mitteleuropabegriffe, die weniger geschichtsmächtig wurden, etwa den habsburgischen<sup>4</sup> (unter Ausschluß Preußen-Deutschlands und der nicht von den Habsburger beherrschten polnischen Gebiete) oder den nach 1918 entstandenen „zwischeneuropäischen“ für die neuen Staaten zwischen Deutschland und Sowjetrußland.<sup>5</sup>

Die noch dynastische, deutsche und projüdische Mitteleuropaidee Naumanns wurde nach 1933 grundlegend in eine radikal antisemitische, nationalsozialistische transformiert, in der Großdeutschland von der Mitte Europas her mit einer „Neuordnung Europas“ die Herrschaft über ganz Festlandeuropa und tendenziell die ganze Welt anstreben sollte, zunächst gemeinsam mit den anderen weltpolitischen Mittelmächten Italien und Japan.

Die Niederlage dieser Mittelmächte im Zweiten Weltkrieg und die gesellschaftspolitische Aufteilung ihres Herrschaftsgebietes in einen kapitalistischen und liberal-demokratisch dominierten westlichen und einen kommunistischen östlichen Teil ließ „Mitteleuropa“ für Jahrzehnte aus der politischen Sprache verschwinden. Erst in der Spätzeit der kommunistischen Herrschaft tauchte der Mitteleuropabegriff bei Dissidenten in Ungarn, Polen, Litauen und in der Tschechoslowakei wieder auf (zum Teil in der sprachlichen Neuformulierung „Zentraleuropa“),<sup>6</sup> um die historisch-kulturelle Eigenständigkeit des Raumes zwischen Rußland und

---

<sup>3</sup> Naumann, Friedrich: Mitteleuropa, Berlin 1915.

<sup>4</sup> Busek, Erhard: Mitteleuropa. Eine Spurensicherung, Wien 1997.

<sup>5</sup> Allerdings wurde der von Giselher Wirsing (Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft, Jena 1932) geschaffene „Zwischeneuropa“-Begriff als überwiegend diskreditierend empfunden, weil dieses „Zwischeneuropa“ als nicht lebensfähiges und nicht wirklich existenzberechtigtes Europa zwischen Deutschland und der Sowjetunion galt. Auch dem heutigen, oft geschichtsvergessenen Gebrauch des Begriffs haftet eine Neigung an, das „zwischen“ nicht nur als eine politisch-geographische Situation zwischen zwei mächtigen Größen, sondern auch als eine historisch bald vorübergehende, transitorische zwischen zwei territorial- oder bündnispolitischen Zuständen anzusehen.

<sup>6</sup> Hyde-Price, Adrian: Mitteleuropa Recidivus? A Realist Analysis, in: Reiter, Erich (Hg.): Die sicherheitspolitische Lage in Mitteleuropa, Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik 1/2006, S. 8. Wegweisend war Konrád, György: Antipolitik. Mitteleuropäische Meditationen, Frankfurt 1985. Siehe auch Schlögel, Karl: Die Mitte liegt ostwärts: die Deutschen, der verlorene Osten und Mitteleuropa, 2. Aufl., Berlin 1989.

Deutschland vor allem gegenüber dem Sowjetkommunismus, aber auch weniger stark gegenüber Westeuropa zu betonen. Diesem Trend schloß sich auch eine kurze, randständige Renaissance des habsburgischen und des Naumannschen deutschen Mitteleuropabegriffs an.<sup>7</sup>

Die historischen Konnotationen und Belastungen der Begriffe Mittel- und Osteuropa und selbst Europa muß man im Hinterkopf behalten, wenn man von europäischer oder mitteleuropäischer Osteuropapolitik und von europäischer Vereinigung sprechen will, vor allem in Deutschland. In einem Österreich, das sich von seiner großdeutschen Vergangenheit von 1815 bzw. 1848 bis 1945 distanziert hat, ist das etwas unbefangener möglich, obwohl sie im Bewußtsein vieler Südosteuropäer verankert bleibt. Wenn im gegenwärtigen Sprachgebrauch, wie im Titel dieses Beitrages, zwischen West- und Mitteleuropa als dem älteren und dem jüngeren demokratischen, dem exkommunistischen EU-Europa unterschieden wird, dann sollen damit in der Regel keine wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Unterschiede oder gar Gegensätze angedeutet werden, allenfalls einige kulturell-historischen Eigenheiten. Jedenfalls begründet die gemeinsame kommunistische Vergangenheit des neuen Mitteleuropas keine gemeinsamen politischen Interessen (z. B. sozialpolitischer Art) und Orientierungen in der Außen- und Europapolitik. Wohl aber haben die geographische Nähe zu Osteuropa und insbesondere Rußland sowie die ganz unterschiedlichen historischen Erfahrungen mit der russischen und sowjetischen Eroberungspolitik erheblichen Einfluß auf die Osteuropapolitik der einzelnen mitteleuropäischen Staaten, die sich von der Portugals, Frankreichs oder Großbritanniens beträchtlich unterscheidet.

## **2 Innerstaatliche Konfliktpotentiale in Osteuropa**

Auf die alltäglichen Konflikte innerhalb der Regierungen und Parteien Osteuropas, auf den Personal- und Parteienwechsel in den Regierungen braucht hier nicht eingegangen zu werden. Auch auf die insgesamt im Vergleich zu früheren Jahrzehnten schwächeren sozialen Konflikte muß hier nicht eingegangen werden, da sie meist mit keinen wesentlichen gesellschafts- und außenpolitischen Konsequenzen verbunden sind. In einigen Fällen steigerten sie sich nach 1991 allerdings zu politischen Systemkonflikten, so bei den „bunten“ oder „Blumen-Revolutionen“ der Jahre 2003 in Georgien und 2004 in der Ukraine, in denen ein zweiter Demokratisierungsschub vor sich ging, nachdem die Demokratisierung im Jahrzehnt zuvor überall in Osteuropa mit dem Ziel autoritär überformt worden war, die aus den alten kommu-

---

<sup>7</sup> Jahn, Egbert: Europa, Osteuropa und Mitteleuropa, Frankfurt (HSFK-Forschungsbericht 1/1989), S. 31-35.

nistischen Eliten entstandenen neuen Regime mittels Wahlmanipulationen zu verstetigen. Zwar wurden die Demokratisierungshoffnungen großenteils durch die durch die „bunten“ oder „Blumenrevolutionen“ an die Macht gekommenen Elitegruppen enttäuscht, sei es, daß sie selbst zur autoritären Deformation wie in Georgien (Saakaschwili-Regime) tendierten, sei es, daß ihre führenden Persönlichkeiten sich heillos zerstritten (wie Wiktor Juschtschenko und Julija Tymoschenko) und den restaurativen autoritären Eliten wieder Auftrieb verschafften, so in der Ukraine mit der Wahl von Wiktor Janukowytsch im Februar 2010.<sup>8</sup> Aber die Demokratisierungsversuche bleiben im kollektiven Gedächtnis verhaftet und können zukünftige Bestrebungen zur Etablierung einer soliden Demokratie ermutigen. Der Sieg der Partei von Bidsina Iwanischwili bei den Parlamentswahlen im Oktober 2012 untergrub die autoritäre Stellung des Staatspräsidenten Micheil Saakaschwili, dürfte also der Demokratisierung Georgiens einen neuen Impuls gegeben haben.

In keinem der sieben osteuropäischen Länder hat eine offene verfassungsrechtliche und politisch-ideologische Abkehr von der Demokratie stattgefunden. Nach wie vor finden überall regelmäßig Wahlen mit mehreren Parteien statt, auch wenn in einigen Ländern die Wahlen massiv manipuliert. Hier werden die nicht an den Regierungen beteiligten Parteien eindeutig in den Medien und in den öffentlichen Auftrittschancen benachteiligt und einige von ihnen gar von den Wahlen ausgeschlossen. So sind drei Staaten Osteuropas de facto zu autokratischen Regimen mit demokratischem Antlitz geworden: Aserbaidshan (Regime erst von Hejdar, dann von Ilham Alijew seit 1993), Belarus (Lukaschenka-Regime seit 1994) und Rußland (Putin-Regime seit 2000).<sup>9</sup> Die „bunten“ oder „Blumen-Revolutionen“ in Serbien, Georgien, Ukraine und Kyrgystan sowie der „arabische Frühling“ seit Dezember 2010 dienten diesen Regimen als Warnung und veranlaßten sie zu weiteren repressiven Maßnahmen. In Rußland gab es anläßlich der Wahlmanipulationen im Dezember 2011 (Dumawahlen) und im März 2012 (Präsidentenwahlen) heftige Massenproteste, die mit umfangreichem Polizeieinsatz unterdrückt wurden.<sup>10</sup> Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, daß eines Tages, vermutlich in einer angespannten wirtschaftlichen Situation, in diesen drei Ländern die Re-

<sup>8</sup> Siehe im einzelnen Schneider-Deters, Winfried: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag 2012, S. 135-179.

<sup>9</sup> Zum Streit über den Charakter des politischen Systems in Rußland unter Putin siehe Kynev, Aleksandr: Eliteklub und Legitimierungsinstrument. Russlands ‚Partei der Macht‘, in: Osteuropa 63 (4/1013), S. 101-105; Jahn, Egbert: Die Rochade Wladimir Putins in den Präsidentenämtern, Wiesbaden 2012, S. 143-159; Gorzka, Gabriele/Schulze, Peter W. (Hg.): Wohin steuert Rußland unter Putin? Der autoritäre Weg in die Demokratie, Frankfurt: Campus 2004.

<sup>10</sup> Siehe ausführlich zur Opposition gegen das Putin-Regime Gabowitsch, Mischa: Putin kaputt!? Russlands neue Protestkultur, Berlin 2013.

gime durch oppositionelle, teils demokratische, teils radikale rechtsnationale Massenbewegungen zu einem Systemkonflikt herausgefordert werden. Wenig deutet darauf hin, daß die derzeit existierenden Regime selbst in den Ländern, die durch den weltwirtschaftlichen Boom der Energiepreise infolge der Konflikte im Nahen und Mittleren Osten seit mehr als zehn Jahren enorm profitieren und der Bevölkerung einen gewissen Lebensstandard garantieren können, also Rußland und Aserbaidschan, in der Lage sind, die erforderliche Modernisierung ihrer Wirtschaft und Gesellschaft in die Wege zu leiten, also die technische und infrastrukturelle Innovation, die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, die Reform des Bildungswesens, die Institutionalisierung eines unabhängigen Rechtssystems, die Bekämpfung der Korruption und die Möglichkeiten zur Partizipation einer entstehenden Zivilgesellschaft zu gewährleisten. Deshalb ist in nicht allzu ferner Zukunft mit beträchtlichen gesellschaftspolitischen Konflikten in Osteuropa zu rechnen. Auch die weitaus gemäßigteren Regime mit starken autokratischen Neigungen unterschiedlichen Grades in den anderen vier Ländern müssen mit systemkritischen Bewegungen vor Parlamentswahlen rechnen. In Georgien erwirkte eine solche Bewegung bereits im Oktober 2012 einen Regierungswechsel. In Moldau führte das Wahlrecht für die Präsidentenwahl im Parlament, das eine Dreifünftelmehrheit für einen Präsidenten vorsieht, dazu, daß die seit 2009 gestärkte demokratische Opposition gegen die bisherige Mehrheit der Kommunistischen Partei jahrelang keinen eigenen Präsidenten durchsetzen konnte. Erst nach einer erneuten Parlamentswahl 2010 gelang nach vielen Wahlgängen im März 2012 die Wahl eines parteilosen Präsidenten. In Armenien konnten sich die größte regierende Partei bei den Parlamentswahlen im Mai 2012 und der Staatspräsident im Februar 2013 nach turbulenten innenpolitischen Auseinandersetzungen behaupten.

Allerdings gilt es vor allzu optimistischen Erwartungen in die Zukunft der zu erwartenden gesellschaftspolitischen Konflikte zu warnen, die von einem mehr oder weniger linearen liberal-demokratischen Fortschrittsdenken geprägt sind. In Krisen autokratischer und halbautokratischer Regime entfalten sich nicht nur liberale, demokratische gesellschaftliche Kräfte, sondern auch radikal-nationale, manchmal auch religiös inspirierte Bewegungen, die die bestehende, korrupte, durch oligarchische Interessen geleitete Autokratie durch eine alternative, vermeintlich auf das Wohl des Volkes ausgerichtete Autokratie ablösen wollen und die liberalen Demokraten im eigenen Land sowie das Ausland für die Spaltung und das Elend der Gesellschaft mitverantwortlich halten. Eine mögliche Selbstdiskreditierung der oppositionellen liberalen Demokraten und der auswärtigen Demokratien im Umgang mit den herrschen-

den Autokratien ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung dafür, welche gesellschaftspolitischen Kräfte in einer ernsthaften Krise der osteuropäischen Regime obsiegen werden.

Es ist auch irreführend, von einem klaren Gegensatz zwischen demokratischen und radikal-nationalen, „nationalistischen“ Tendenzen auszugehen. Demokratische Aspirationen werden oftmals stark durch nationale Motivationen inspiriert, die von einer Demokratisierung die Stärkung ihrer nationalpolitischen Ziele erwarten. Das war besonders deutlich beim Zusammenbruch der kommunistischen Parteiherrschaft im Osten Europas<sup>11</sup>, gilt aber auch für die „bunten“ Revolutionen in Georgien und der Ukraine, die sich auch gegen den starken Einfluß Rußlands und im Falle Georgiens außerdem gegen die ethnonationalen Minderheiten wandten.

Demokratien und Demokraten haben bis zum heutigen Tage ein enormes Problem im Umgang mit segmentalen, ethnoreligiösen und ethnonationalen Konflikten. Das vorherrschende demokratische Denken ist etatistisch mit einer Neigung zur Affirmation der bestehenden Staatsgrenzen, wie willkürlich sie in der Vergangenheit auch infolge von schierer Gewaltpolitik gezogen worden sind. Das Konzept des *nation-building* baut auf der Annahme auf, mittels wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politisch-pädagogischer Maßnahmen einen Staatspatriotismus innerhalb der bestehenden Staatsgrenzen dort generieren zu können, wo es bisher noch kein staatsnationales Bewußtsein gegeben hat oder geben konnte. In sehr vielen Fällen erwies sich dies als Illusion. Demokratisierung kann in Ländern, die überwiegend durch gewaltsame Politik entstanden sind und in denen autokratische Herrschaft in vielen Jahrzehnten oder gar Jahrhunderten keinen nationalen Zusammenhalt der Bevölkerung erzeugen konnte, zur Aufteilung der bestehenden Staaten führen. Demokratisierung und Nationalismus sind Zwillingsgeschwister des Prinzips der Volkssouveränität. Dementsprechend hieß Demokratisierung der Sowjetunion, Jugoslawiens, der Tschechoslowakei und der DDR so gut wie unvermeidlich Auflösung dieser Staaten, in einem zweiten Schritt auch zweifache Spaltung der Bundesrepublik Jugoslawien in Serbien und Montenegro und dann auch Serbiens in Kernserbien und Kosovo.

Dennoch hält die internationale Politik überwiegend an dem Prinzip der unbedingten Erhaltung der territorialen Integrität der bestehenden, international anerkannten Staaten fest, sicherlich aus vielen guten Gründen. Gleichwohl gibt es weiterhin noch einige segmentale Konflikte, die bestehende Staaten auseinanderzureißen drohen oder bereits faktisch geteilt haben.



In aller Regel hat jedoch nationaler Sezessionismus (Streben nach einem eigenen Staat) oder Angliederungsseparatismus (Bestreben eines Gebietes um Angliederung an einen bereits bestehenden Staat) nur Aussichten auf Erfolg, wenn ein oder mehrere mächtige Staaten einen solchen nationalen Sezessionismus oder Angliederungsseparatismus unterstützen. Der Erfolg ist jedoch in einigen Fällen nur militärisch und machtpolitisch bedingt, aber nicht oder noch nicht völkerrechtlich abgesichert. Nur Kosovo befindet sich auf dem Wege zur internationalen völkerrechtlichen Absicherung, nicht zuletzt deshalb, weil Serbien Interesse an einer Aufnahme in die Europäische Union besitzt und die EU somit ein Druckmittel zur wechselseitigen völkerrechtlichen Anerkennung Serbiens und Kosovos besitzt. Nach der Anerkennung Kosovos durch Serbien dürfte auch der Widerstand Rußlands, Chinas und der EU-Staaten Spanien, Griechenland, Rumänien, Slowakei und Zypern gegen eine Anerkennung Kosovos schwinden. Das Schicksal der De-facto-Staaten Transnistrien, Bergkarabach, Abchasien, Südossetien, Nordzypern und auch das der faktisch weitgehend gespaltenen Republik Bosnien-Herzegowina bleibt weiterhin ungewiß und auf der Tagungsordnung der Osteuropa- und Südosteuropapolitik.

### **3 Zwischenstaatliche Konfliktpotentiale in Osteuropa**

Seit den ethnonationalen Kriegen um die Unabhängigkeit von ehemaligen Autonomen Republiken und Gebieten im Auflösungsprozeß der Sowjetunion gab es bisher zwei weitere Kriege, den zweiten Tschetschenienkrieg (1999-2009), der die De-facto-Staatlichkeit Tschetscheniens beendete und den Südossetienkrieg im August 2008,<sup>12</sup> der die Reste georgischer staatlicher Präsenz in Südossetien und Abchasien beseitigte und zur völkerrechtlichen Anerkennung der Unabhängigkeit der beiden De-facto-Staaten durch Rußland und nur wenige andere Staaten (Nicaragua, Venezuela, Nauru, Tuvalu und Vanuatu<sup>13</sup>) führte. Andere europäische Staaten und die mittelasiatischen Mitgliedsländer der GUS schlossen sich ihnen aber nicht an.

Beim Südossetienkrieg 2008 handelte es sich um die Internationalisierung eines der erwähnten segmentalen ethnonationalen Konflikte in vielen osteuropäischen Ländern. Außer dem Tschetschenienkonflikt sind die anderen Konflikte dieser Art, in die andere Staaten wegen

---

<sup>11</sup> Siehe die 41 Studien zu einzelnen Ländern und Gebieten im spätkommunistischen Europa in: Jahn, Egbert (Hg.): Nationalismus im spät- und postkommunistischen Europa, 3 Bände, Baden-Baden 2008/09.

<sup>12</sup> Siehe die Beiträge zu den Konflikten in Georgien in Reiter, Erich (Hg.): Die Sezessionskonflikte in Georgien, Wien/ Köln/ Weimar 2009.

der überragenden militärischen Macht Rußlands sich nie politisch oder gar militärisch einzumischen wagten, hochgradig internationalisiert. Sie sind besonders kriegsträchtig, vor allem der Bergkarabachkonflikt, in den Armenien äußerst stark involviert ist und der Transnistrienkonflikt, in dem Rußland eine ausschlaggebende Rolle spielt. West- und Mitteleuropa kommen nicht umhin, sich mit beiden Konflikten aus unterschiedlichen Gründen zu befassen.

Neben diesen durch innere ethnonationale Auseinandersetzungen bedingten internationalen Konflikten gibt es auch andere, die durch unmittelbare zwischenstaatliche Interessen bedingt sind. Sie waren und sind wohl auch in Zukunft nicht kriegsträchtig, haben aber beträchtliche Störungen nicht nur in den wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen den beteiligten Staaten, sondern auch für ganz Europa gehabt. Die wiederholten scharfen Auseinandersetzungen um den Gaspreis zwischen osteuropäischen Ländern, vor allem zwischen Rußland und der Ukraine, die zur zeitweiligen Unterbrechung der Gasversorgung auch zahlreicher von dem Streit um die Gaspreise nicht betroffener mittel- und westeuropäischer Länder führte, ließen das Interesse an einer Diversifizierung der Energieversorgung West- und Mitteleuropas beträchtlich steigern. Die diversen Konflikte um neue Öl- und Gaspipelines von Mittelasien, Rußland, dem Südkaukasus nach Mittel- und Westeuropa (Baku-Tiflis-Ceyhan, Nordstream, Southstream, Nabucco usw.) waren und bleiben Gegenstand der Osteuropapolitik.

Weniger Aufsehen hat die Gründung einer zunächst durch die USA geförderten informellen Vereinigung von GUS-Staaten im Oktober geführt, die eine gewisse Distanz von Rußland und eine Annäherung an den Westen anstreben, die GUAM, bestehend aus Georgien, der Ukraine, Aserbaidschan und Moldau. Von 1999-2005 gehörte ihr auch Usbekistan an, das schließlich der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit beitrug, so daß sie zeitweise GUUAM genannt wurde. Im Mai 2006 verdichteten sich die Beziehungen zwischen den vier GUAM-Staaten, indem sie nunmehr die internationale Organisation „Für Demokratie und Wirtschaftsentwicklung – GUAM“ gründeten. Dies hat nur einen mäßigen Protest von seiten Rußlands ausgelöst, da die Organisation anscheinend nicht sehr effektiv ist.

#### **4 Internationale Konfliktpotentiale zwischen Rußland und dem Westen**

Zusätzlich zu den internen, systempolitischen, segmentalen und internationalen Konflikten innerhalb Osteuropas und Südosteuropas kommen weitere Konflikte zwischen dem Westen

---

<sup>13</sup> Dieses Land erkannte nur Abchasien, aber nicht Südossetien an.

bzw. einzelnen westlichen und den osteuropäischen Staaten, von denen hier nur die mit Rußland angesprochen werden sollen, also nicht solche wie zwischen Rumänien und Moldau. Unter der Bush-Regierung betraf der schwerwiegendste Streit die von den USA geplanten Raketenabwehreinrichtungen in Tschechien und Polen, die offiziell gegen eine mögliche Bedrohung von seiten Irans gerichtet waren, aber von Rußland als Gefährdung seiner eigenen Zweitschlagkapazitäten im Falle eines Konflikts mit den USA angesehen werden. Die Vertagung der Pläne und das Angebot einer engeren Kooperation mit Rußland durch die Regierung Obama entschärften zunächst den Konflikt. Aber eine Einigung über eine gemeinsame oder eine für Rußland völlig transparente Raketenabwehr in Mitteleuropa konnte nicht erzielt werden, so daß der Konflikt noch nicht völlig aus der Welt geschafft ist.

Permanenter Streitpunkt in den Beziehungen zwischen Rußland und der EU sind die Bedingungen zur Sicherung der Energieversorgung aus rußländische Quellen sowie der westlichen Abnahmegarantien von bestimmten Mengen der Energielieferungen und der Investitionen in die Energieförderung in Rußland. Der Energiedialog hat bislang aufgrund unvereinbarer Interessen noch nicht zur Ratifizierung des bereits 1998 abgeschlossenen Energiecharta-Vertrags durch Rußland geführt. Die Konkurrenz um die Realisierung unvereinbarer Pipeline-Projekte zwischen Osteuropa und Mittel- und Westeuropa folgt nicht nur üblichen unterschiedlichen und teils gegensätzlichen wirtschaftlichen Kalkülen, sondern ist stark von politischen und sicherheitspolitischen Überlegungen beeinflusst.

Zahlreiche Konfliktfelder, in denen Rußland und der Westen teils gemeinsame, teils aber gegensätzliche Interessen oder politische Ansichten verfolgen, sind weltpolitisch brisant. An erster Stelle ist die im Gang befindliche oder drohende nukleare Aufrüstung Nordkoreas und des Irans zu nennen, wo es anhaltende Versuche gibt, die westlichen und rußländischen Bemühungen miteinander abzustimmen, die eine Ausbreitung von Nuklearwaffen verhindern sollen. Der schon weitreichend internationalisierte Syrienkrieg kann nur eingedämmt oder gar beendet werden, wenn Rußland und der Westen sowie auch China den Weg zu einer gemeinsamen Sicherheitspolitik finden und ihren Einfluß auf die am Konflikt beteiligten sunnitischen und alawitisch-schiitischen Kräfte innerhalb Syriens, aber auch im Libanon sowie auf die arabischen Golfstaaten, Saudiarabien und die Türkei, den Iran und Israel koordinieren. Im Augenblick stehen die Aussichten auf ein gemeinsames Konfliktmanagement recht gering, obwohl im September überraschend eine Einigung über die Beseitigung der syrischen Gaswaffen erzielt wurde. Außerdem bestehen weiterhin gemeinsame Interessen an einer gewissen Kontrolle der syrieninternen und regionalen Konflikteskalation. Die bitteren Erfahrungen

Rußlands aus dem unabgestimmten Verhalten des Westens und Rußlands in den Jugoslawien-Konflikten im ehemaligen Jugoslawien, vor allem im Kosovo, und in Libyen haben ein tiefes beiderseitiges Mißtrauen erzeugt, das auch im aktuellen Syrienkonflikt nachhaltig fortwirkt.

## **5 Optionen der Osteuropapolitik der Europäischen Union**

Die Institutionen der EU können vor allem in den Politikfeldern aktiv werden, in denen die einflußreichsten EU-Staaten übereinstimmende außenpolitische Interessen und Ansichten haben und auch wollen, daß sie diese nicht selbst in die Praxis umsetzen, sondern die EU-Institutionen dafür nutzen. Das gilt vor allem für den EU-Rat und die EU-Kommission, weniger für das EU-Parlament, das durchaus hin und wieder eigene Initiativen in der Osteuropapolitik entwickelt, vor allem auf dem Felde der Menschenrechtspolitik. Diese passen nicht immer in das Konzept der EU-Regierungen. Dazu gehört etwa die Anprangerung von Menschenrechtsverletzungen in Belarus und auch in Rußland.

Als die große Osterweiterung der EU im Jahre 2004 absehbar war, stellte sich die Frage nach zukünftigen Osterweiterungen und einem Ende der Aufnahmekapazitäten der Union. Damit war die Frage der endgültigen Ost- und Südostgrenzen der EU aufgeworfen. In jedem Falle wollte die EU ihre Anstrengungen verstärken, ein politisches Umfeld im Osten und Süden zu schaffen, das nicht hermetisch von ihr abgeschlossen sein sollte. Sie nahm an, daß ein starkes sozioökonomisches und politisches Gefälle zu den Anrainerstaaten beträchtliche sicherheitspolitische Risiken enthalten werde, zumindest durch hohe Grade der transnationalen organisierten Kriminalität und der illegalen Masseneimmigration, aber auch durch die potentielle Entstehung oder die Erhaltung von autokratischen Nachbarstaaten, die ein höheres Maß an militärischen Sicherheitsvorkehrungen erfordern könnten. Eine weitestmögliche Angleichung des Wohlstandes, der marktwirtschaftlichen Entwicklungskapazitäten und der politischen Strukturen und Wertvorstellungen in den sechs osteuropäischen und zehn mediterranen (fünf nordafrikanischen und fünf nahöstlichen) Anrainerstaaten an die demokratischen Standards der EU sollte konfliktmildernd oder gar konfliktverhütend wirken. Im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik<sup>14</sup> handelten die EU und die einzelnen Ländern Aktionspläne aus, die auf die jeweiligen nationalen Bedürfnisse abgestimmt werden. Sie sollen den Angleichungsprozeß auch mit erheblichen finanziellen Anreizen fördern.

---

<sup>14</sup> Siehe hierzu die Beiträge in Osteuropa 57 (2-3/2007).

Durch die Verkoppelung der osteuropäischen und der mediterranen Nachbarschaftspolitik wollten Frankreich und einige andere westeuropäische Staaten den osteuropäischen Nachbarländern die Perspektive eines Beitritts zur EU verschließen, obwohl in früheren EG/EU-Verträgen an sich allen europäischen Staaten ein prinzipielles Beitrittsrecht eingeräumt wurde, sofern sie die wirtschaftlichen und demokratischen Voraussetzungen dafür geschaffen haben. Frankreich fürchtet vor allem, daß das Gewicht Deutschlands und Mitteleuropas in der EU durch die Osterweiterung gefördert wird. Gegen den Ausschluß einer weiteren Ostausdehnung der EU opponierten vor allem Polen und einige skandinavischen Staaten mit Unterstützung Deutschlands. Auf polnische und schwedische Initiative gründete aber dann die EU die Östliche Partnerschaft mit den sechs osteuropäischen Ländern im Mai 2009, die nun nicht mehr eine zukünftige Mitgliedschaft dieser Länder ausschließt.

Rußland sieht allerdings durch die drohende weitere Osterweiterung eine Gefährdung seiner eigenen Pläne zur Errichtung einer Eurasischen Union, die außer mittelasiatischen Staaten auch Belarus und vor allem die Ukraine einschließen soll. Damit hat sich sowohl die internationale wie auch die innenpolitische Integrationskonkurrenz zwischen Brüssel und Moskau, zwischen der EU und der GUS, die bereits seit der Auflösung der Sowjetunion und ihres Bündnissystems die Geschehnisse im postkommunistischen Europa prägen, beträchtlich verschärft. Vor allem die Ukraine ist mehr als alle anderen postkommunistischen Staaten in der Frage einer vorherrschenden West- oder Ostorientierung gespalten. Zwar strebt dies Land anders als früher Polen oder heute Georgien nicht vorrangig eine NATO-Mitgliedschaft an, aber mehrheitlich doch eine EU-Mitgliedschaft. Der Konflikt um den Abschluß eines Assoziierungsabkommens mit der EU, für das die Union die Freilassung von Julija Tymoschenko, einer der beiden Führungspersonlichkeiten des Demokratisierungsprozesses nach der „Revolution in Orange“ vom 2004 voraussetzt, oder um den Beitritt der Ukraine zur Zollunion und zur Eurasischen Wirtschaftsunion mit Rußland, Belarus und Kasachstan hat die innere und zwischenstaatliche Integrationskonkurrenz beträchtlich verschärft.<sup>15</sup>

Rußland wollte formell nicht in die Europäische Nachbarschaftspolitik einbezogen werden. Faktisch aber versucht die EU durch ihr Partnerschafts- und Kooperationsabkommen von 1997, dessen Neufassung sich allerdings seit Jahren verzögert, auch in Rußland und vor allem in seinen westlichen Regionen die Anbindung an den ökonomischen Modernisierungs- und an

---

<sup>15</sup> Siehe im einzelnen Schneider-Deters, Winfried: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag 2012, S. 39-49, 383-385. Zur Entstehung des Begriffs der

den Demokratisierungsprozeß in Europa zu unterstützen. Die wechselseitige Abhängigkeit in den Energiefragen trägt zur Mäßigung der Konfrontation in zahlreichen anderen Politikfeldern sehr viel bei. Sicherheitspolitisch wurde zwar Rußland ein wenig mit dem NATO-Rußland-Rat (seit 2002 bzw. 1997) in das euroatlantische Bündnissystem einbezogen, aber im Südossetienkrieg 2008 versäumte es die NATO, dieses Instrument zur Konfliktmäßigung zu nutzen.

## **6 Optionen der Osteuropapolitik Österreichs und ostmitteleuropäischer Staaten**

In der Osteuropapolitik spielen selbstredend zahlreiche spezifische nationale Interessen eine herausragende Rolle, aus denen unterschiedliche Prioritäten in der Osteuropapolitik abgeleitet werden. Polen versucht etwa, durch Heranführung der Ukraine und potentiell auch von Belarus an die EU die in seiner Bevölkerung weithin befürchtete Bedrohung durch Rußland zu reduzieren, mit dem es ja im Norden eine gemeinsame Grenze besitzt. Rumänien hat ähnliche Interessen an einem engeren Verhältnis zu Moldau, wobei rechtsnationale Minderheiten gar eine zukünftige Angliederung Moldaus an Rumänien anstreben. Zwar sympathisieren in Moldau offenbar nur wenige mit dieser Perspektive; andererseits sieht das Land in Rumänien einen herausragenden Fürsprecher für eine Mitgliedschaft Moldaus in der EU. Die EU ist ihrerseits vor allem an einer friedlichen Regulierung des Transnistrien-Konflikts in ihrem unmittelbaren Vorfeld interessiert.

Während des Südossetienkrieges 2008 sahen sich die kleineren EU-Staaten im Baltikum und in Skandinavien weitaus stärker als die meisten anderen durch die Art und Weise der Reaktion Rußlands auf die Aggression Georgiens in Südossetien betroffen, die sie als imperiale Expansionspolitik interpretierten, von der auch sie eines Tages bedroht sein könnten. Sie befürworteten deshalb eine konfrontativere Politik gegenüber Rußland als Deutschland und Frankreich, die einen wichtigen Beitrag zur Verhinderung einer tieferen Kluft zwischen NATO und Rußland leisteten, indem sie einen raschen Waffenstillstand und einen Rückzug der rußländischen Truppen aus Kerngeorgien aushandelten. Gleichzeitig traten sie den Absichten der US-Regierung entgegen, Georgien und die Ukraine bald in die NATO aufzunehmen. Österreich stand ihnen und nicht den kleineren EU-Staaten des Nordens zur Seite.

Ohne eine detaillierte Kenntnis der Außen- und Osteuropapolitik Österreichs und manch anderer ostmitteleuropäischer Staaten fällt es dem ausländischen Autor selbstredend schwer,

---

Integrationskonkurrenz siehe Jahn, Egbert: Ausdehnung und Überdehnung. Von der Integrationskonkurrenz zum Ende der europäischen Integrationsfähigkeit, in: Osteuropa 57 (2-3/2007), S. 43.

Empfehlungen für diese Politik zu formulieren, nicht wissend, ob sie offene Türen einrennen oder unerkannte Schwierigkeiten und Hindernisse ihrer Realisierung übersehen. Aber von außerhalb Österreichs und der anderen Länder gesehen lassen sich dennoch einige Optionen skizzieren. Anders als zuweilen die skandinavischen Staaten hat sich Österreich anscheinend nur selten zu den systempolitischen Auseinandersetzungen mit einer Kritik an repressiven Maßnahmen und Gesetzesinitiativen der derzeitigen Regierungen und herrschenden Eliten in Osteuropa geäußert, am ehesten noch im Falle Bosnien-Herzegowinas.

Aufgrund der historischen österreichischen Erfahrungen mit Nationalitätenkonflikten im Habsburger Reich hat Österreich wohl mehr Verständnis für ethnonationale Minderheiten als viele westeuropäische Staaten. Es könnte seine Kompetenzen, die in den staatlichen Verwaltungen wie in der akademischen Welt und sonstigen gesellschaftlichen Bereichen ja durchaus vorhanden sind, viel mehr für die Entwicklung von kooperativen Projekten und von Lösungsvorschlägen für die segmentalen Konflikte in Südosteuropa und Osteuropa nutzen, ohne leicht in den Verdacht zu geraten, damit die Interessen einer westeuropäischen Großmacht zu vertreten. Die Bereitschaft von österreichischen Politikern, als Hohe Repräsentanten der EU in Bosnien-Herzegowina tätig zu werden, schöpft die österreichischen Möglichkeiten auf dem Felde einer europäischen Nationalitätenpolitik keineswegs aus.

Darüber hinaus ist nicht ersichtlich, daß Österreich bisher die Chance ergriffen hat, sein außenpolitisches Gewicht durch eine Koordination seiner Südosteuropapolitik mit den anderen kleineren Anrainerstaaten des EU-Beitrittsgebiets, also mit Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Griechenland zu stärken. Zwar sind die Schwierigkeiten einer Abstimmung mit diesen Staaten nicht zu übersehen, aber gemeinsame Initiativen dieser Staaten könnten zur Regulierung mancher Streitpunkte in Serbien, Kosovo, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina beitragen.

Skandinavische Staaten haben immer wieder einmal ihr politisch-moralisches Gewicht als neutrale, demokratische Länder genutzt, um ihre diplomatischen guten Dienste in der Mediation von Konflikten einzusetzen, etwa als bloße, diskrete Anbieter von informellen oder geheimen Gesprächsräumen zwischen Konfliktparteien aus zum Teil weit entfernten Weltregionen, in denen ihre Staaten keine eigenen vitalen wirtschaftlichen oder politischen Interessen verfolgen. Zu denken ist etwa an die Osloer Gespräche zwischen Israelis und Palästinensern bis 1993. Österreich hätte die Möglichkeit in einem ähnlichen Sinne etwa in den Konflikten im Südkaukasus aktiv zu werden, nachdem bei den Großmächten offenbar kein starkes Interesse besteht, am Status quo der kriegsträchtigen „eingefrorenen Konflikte“ insbesondere in

Bergkarabach, aber auch in Südossetien und Abchasien irgend etwas zu verändern, ebenso wenig wie in Transnistrien oder in Nordzypern.

Ein immer wieder aufflammender Streitpunkt in der Osteuropapolitik vieler westlicher Länder ist, wie auf aktuelle Verschärfungen der Repressionspolitik in den einzelnen Ländern Osteuropas reagiert werden soll, nachdem man sich zuvor schon weitgehend mit dem mehr oder weniger autokratischen Charakter der postkommunistischen Regime abgefunden hatte. Dabei gibt es wohl unvermeidlich gänzlich unterschiedliche Standards in der Kritik oder gar Sanktionierung von menschenrechtsverletzender und undemokratischer Politik. Große und mächtige Länder wie Rußland wird man stets mit sanfteren Handschuhen anfassen als kleinere Länder wie Belarus. Aber auch bei kleineren Ländern spielen außenwirtschaftliche Interessen eine Rolle für die Zurückhaltung von Kritik an repressiver Politik wie im Falle Aserbaidschans, das für die westliche Energieversorgung wichtig ist.

Bei dem gegenwärtigen Streit in Deutschland in Zeitungen<sup>16</sup> und in der wissenschaftlichen Zeitschrift „Osteuropa“ über die Beurteilung des Putin-Regimes und des Verhaltens zu seinen Wahlmanipulationen und neuerlichen repressiven Gesetzen und Maßnahmen gegen gesellschaftliche Minderheiten wie die Nichtregierungsorganisationen, die politischen Oppositionellen und die Homosexuellen wird bedauerlicherweise meist nicht beachtet, daß man in Demokratien zwischen der Außenpolitik von Regierungen, Parlamenten, einzelnen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen unterscheiden muß. Eine eindimensionale Argumentation zu „der“ deutschen Rußlandpolitik, die sich entweder auf nationale Interessen des eigenen Landes stützen oder nachhaltig und öffentlich die Einhaltung von universalen, verfassungs- und völkerrechtlich vereinbarten Menschen- und Bürgerrechten anmahnen soll, verschließt die Augen vor den unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten auf den diversen gesellschaftspolitischen Ebenen. Regierungen und bis zu einem gewissen Grade auch Parlamentsmehrheiten müssen vor allem die nationalen, sicherheits- und friedenspolitischen, aber auch essentielle außenwirtschaftliche Interessen in den Mittelpunkt ihrer Außenpolitik stel-

---

<sup>16</sup> Eppler, Erhard: Bescheidenheit könnte uns nicht schaden, in: Süddeutsche Zeitung vom 26.11.2012; Lau, Jörg: Das bißchen Unterdrückung, in: Die Zeit Nr. 9 vom 21.2.2013, S. 7; Sandschneider, Eberhard: Raus aus der Moralecke, in: Die ZEIT Nr. 10 vom 28.2.2013, S. 13; Baum, Gerhart: Von wegen „Moralecke“, in: Die ZEIT Nr. 12 vom 14.3.2013, S.5; Rahr, Alexander: Deutschlands Ostpolitik hat die Balance verloren, in: Spiegel-Online vom 18.3.2013; Lau, Jörg: Was die Geschichte der Ostpolitik über den Umgang mit Diktatoren lehrt, in: Die ZEIT vom 8.5.2013; Studnitz, Ernst-Jörg von: Konfrontation mit Russland ist nutzlos, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.5.2013; Erler, Gernot: Schluss mit dem Russland-Bashing!, in: Die ZEIT vom 29.5.2013; Gudkow, Lew: „Russland bewegt sich in Richtung Diktatur“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 2. 6. 2013, S. 2; Umland, Andreas: Wir brauchen eine neue Ostpolitik, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 9. 6. 2013, S. 11; Siehe auch: Voigt, Karsten D.: Förderung der Demokratie statt oberlehrerhafte Außenpolitik, in: Russland-Analysen 249/2012, S. 15-19.



len, können aber auch in diplomatisch zurückhaltender Form öffentlich und nichtöffentlich die Beachtung der Menschenrechte einfordern. Gleichgültig wie autokratisch ein mächtiges Land wie Rußland auch ist, wie barbarisch sich seine jeweilige Regierung gegenüber seiner eigenen Bevölkerung, wie z. B. Rußland in seinem tschetschenischen Landesteil, verhält: zwischenstaatlicher Frieden und die Energieversorgung Westeuropas lassen sich nur in Zusammenarbeit mit dem Putin-Regime sichern. Keine Regierung sollte die machtpolitischen Realitäten und die Erfordernisse und Beschränkungen pragmatischer Außenpolitik aus dem Auge verlieren und sich zu Handlungen ohne Erfolgsaussichten, seien sie wie auch immer moralisch begründet, die fatale, politische Folgen haben können, hinreißen lassen.<sup>17</sup> Damit sind staatliche Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Großmächten oftmals drastisch auf wenige symbolische Akte eingeschränkt und die Kritik an den Regimen muß sich in der Regel in recht gemäßigten und diplomatischen Formen äußern, wenn auch gelegentlich deutliche Worte geboten und möglich sind. Parlamente können sich demgegenüber durchaus kritischer äußern und verhalten als Regierungen und Diplomaten. Dies hat etwa der deutsche Bundestag beispielhaft am 6. November 2012 getan,<sup>18</sup> als er mit den Stimmen der CDU/CSU, der FDP und der Grünen seine „besondere Sorge“ über die repressiven Tendenzen in Rußland zum Ausdruck brachte. Die Stimmenthaltung der SPD löste einen scharfen Disput über die „etatistische Denkweise“ der SPD und anderer deutscher Politiker<sup>19</sup> und allgemein über die „Diktatorenknutscherei“<sup>20</sup> einerseits und die „moralinsaure“ Kritik<sup>21</sup> an den „Putin-Freunden“, mit der die „Putin-Feinde“ ihr Weltbild wie eine Monstranz vor sich her tragen würden,<sup>22</sup> andererseits aus. Dabei wurden von beiden Seiten recht fragwürdige Analogien zur Ost- und Entspannungspolitik Willy Brandts und Egon Bahrs und Schlußfolgerungen aus der nationalsozialistischen Rußland- und Polenpolitik gezogen. Danach haben aber weitere Rußland-Experten versucht, die polemische Debatte durch ein Abwägen der Argumente beider Seiten zu entschärfen, indem sie eine kritische Haltung und Beurteilung der inneren Entwicklung Rußlands mit einer Betonung der Notwendigkeit kooperativer Rußlandpolitik aufgrund

---

<sup>17</sup> Diese Gesichtspunkte finden keine Berücksichtigung in: „Für einen Strategiewechsel in der Russland-Politik“, Fraktionsbeschluß von Bündnis 90/ Die Grünen vom 14.5.2013

<sup>18</sup> Deutscher Bundestag. Drucksache 17/11327 Antrag der Fraktionen der CDU/FDP und FDP vom 6.11.2012 „Durch Zusammenarbeit Zivilgesellschaft und Rechtsstaatlichkeit in Russland stärken“, in: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/113/1711327.pdf>. Siehe dazu die Debatte im Bundestag am 9.11.2012, in: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/17/17205.pdf>.

<sup>19</sup> Siehe z. B. Eichwede, Wolfgang: Einmischung tut not! Wider den Selbstbetrug der Putin-Freunde, in: Osteuropa 63 (4/2013), S. 91-100, hier S. 93. 96.

<sup>20</sup> Lau, Jörg: Das bißchen Unterdrückung, in: Die Zeit Nr. 9 vom 21.2.2013, S. 7.

<sup>21</sup> Sandschneider, Eberhard: Raus aus der Moralecke, in: Die ZEIT Nr. 10 vom 28.2.2013, S. 13.

<sup>22</sup> Spanger, Hans-Joachim: Kooperation tut not! Wider die Blindheit der Putin-Feinde, in: Osteuropa 63 (7/2013), S. 169-178, hier S. 176.

sicherheitspolitischer und außenwirtschaftlicher nationaler Interessen sowohl Deutschlands als auch Rußlands verbinden.<sup>23</sup> Dies steht nicht in Widerspruch zu einer skeptischen Sicht auf die Modernisierungsbereitschaft und -fähigkeit des gegenwärtigen Rußlands.<sup>24</sup>

In dieser eindimensionalen Debatte über „die“ deutsche bzw. europäische Osteuropapolitik wird übersehen, daß Parteien und vor allem oppositionelle Parteien und gesellschaftliche Organisationen weitaus größere Möglichkeiten und Freiheiten als Regierungen haben, auf die Verletzung völkerrechtlicher und verfassungsrechtlicher und anderer gesetzlicher Normen durch osteuropäische Regierungen und mächtige gesellschaftliche Gruppen und Personen aufmerksam zu machen und gegebenenfalls öffentlich die Einhaltung der Normen in gebotener Schärfe einzufordern. Sie können auch in einem wie immer durch ein Regime beschränkten Umfang tatkräftige Unterstützung für unterdrückte Organisationen und Personen leisten. Das hat mit dem völkerrechtlichen Verbot der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten nichts zu tun. Amnesty International hat eine andere Außenpolitik ausüben als die Regierungen Angela Merkel oder Werner Faymann. Und auch die Gliederungen der SPÖ wie der ÖVP und anderer Parteien müssen keineswegs dieselbe Außenpolitik betreiben wie das Außenministerium Österreichs. Das Versagen von politisch-moralischer Solidarität mit der polnischen Solidarność gehört zweifellos nicht zu den Ruhmesblättern sozialdemokratischer Parteiaußenpolitik.

Es ist schwer zu sagen, ob zumindest die Öffentlichkeit (Parteien, gesellschaftliche Organisationen, Medien) kleinerer und vor allem neutraler Länder generell größere Freiheiten besitzen, öffentlich auf die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Normen in der Osteuropa- und allgemein in der Außenpolitik zu dringen, als die mächtigeren Staaten. Norwegen und Schweden, manchmal auch die Schweiz, nehmen sich jedenfalls immer wieder einmal diese Freiheit, sicherlich auch deshalb, weil Kritik aus diesen Ländern leichter von den kritisierten Regierungen ignoriert werden kann, als wenn sie aus den europäischen Mittelmächten kommt, vor allem dann, wenn diese kleineren Länder von den kritisierten Ländern nicht ökonomisch oder in anderer Hinsicht besonders abhängig sind. Es scheint bisher in Österreich völlig an einer breiten öffentlichen Debatte über die unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten der gesellschaftspolitischen Akteure zu fehlen. Friedens- und sicherheitspolitische und wirtschaftliche Kooperation mit dem Putin-Regime bzw. den Fraktionen in der herrschenden

---

<sup>23</sup> Schröder, Hans-Henning: Russland in Europa, in: Osteuropa 63 (8/2013), S. 112-114; Vogel, Heinrich: Stabilität durch Evolution. Russlandpolitik zwischen Konfrontation und Kooperation, ebenda, S. 121-123.

<sup>24</sup> Burckhard, Fabian: Neopatrimonialisierung statt Modernisierung, in: Osteuropa 63 (8/2013), S. 101.

Elite und eine angemessene Einmischung in die Unterdrückungspolitik Rußlands<sup>25</sup> schließen sich einander in einer mehrdimensionalen Außenpolitik einer vielschichtigen Demokratie keineswegs aus, die den unterschiedlichen Funktionen von Regierungen, Parlamenten, Parteien und gesellschaftlichen Organisationen Rechnung trägt. Österreich hat in dieser Hinsicht weitaus mehr Möglichkeiten, als anscheinend seine gesellschaftlichen und politischen Akteure wahrhaben wollen.

---

<sup>25</sup> Das gilt selbst für die Regierungspolitik wie von Andreas Heinemann-Grüder dargelegt wird: Wandel statt Anbiederung. Deutsche Russlandpolitik auf dem Prüfstand, in: Osteuropa 63 (7/2013), S. 179-194.